

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft



DEMOKRATISCHE HOCHSCHULEN FÜR ALLE STATT EXZELLENZ FÜR WENIGE

Ideen für eine linke Wissenschaftspolitik in Hamburg

DEMOKRATISCHE HOCHSCHULEN FÜR ALLE STATT EXZELLENZ FÜR WENIGE

Ideen für eine linke Wissenschaftspolitik in Hamburg

Impressum

Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft

Rathausmarkt 1

20095 Hamburg

Telefon: 040 – 42831 2250

info@linksfraktion.hamburg.de

www.linksfraktion-hamburg.de

V.i.S.d.P.: Heike Sudmann

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden.

Illustration & Layout:

Sarah Kehrwieder

sarah.kehrwieder@outlook.de

INHALT

6	_____	Vorwort
8	_____	So sieht es aus
10	_____	So soll es sein
11	_____	Entscheidungsstrukturen demokratisieren
12	_____	Interdisziplinarität und Persönlichkeitsentwicklung fördern
12	_____	Hochschulen ausreichend grundfinanzieren
14	_____	Gute Ausstattung für alle Hochschulen
15	_____	Bildung für Alle ermöglichen
16	_____	Hochschulen für Geflüchtete öffnen
16	_____	Open Acces fördern
17	_____	Wissenschaft friedlich ausrichten
20	_____	Arbeitsverhältnisse fair statt prekär gestalten
20	_____	Lehrbeauftragte fair behandeln
21	_____	Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten
22	_____	Studium und Leben bezahlbar machen

VORWORT

Mit dieser Broschüre stellen wir, die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft unsere Ideen für eine linke Wissenschaftspolitik in Hamburg vor. Wir stehen mit unserer Arbeit für demokratisch organisierte, gut ausfinanzierte Hochschulen und für Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung. Uns ist wichtig, dass Hochschulen wissenschaftlichem Fortschritt mit friedlichen Zielen verpflichtet sind und Forschung und Lehre in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Um eine solche Ausrichtung zu erreichen, ist es wichtig, geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer eine zentrale Rolle spielen und die dafür notwendigen guten Arbeitsbedingungen für Lehrende, Verwaltung und Studierende geschaffen werden.

Die derzeitige, weitgehend neoliberale Wissenschaftspolitik unter der rot-grünen Regierung und Senatorin Katharina Fegebank ist scharf zu kritisieren. Der Senat setzt immer stärker auf einige kostspielige Leuchttürme und Schaufensterprojekte im Bereich der Forschung und Exzellenz, während er die Grundfinanzierung der Hochschulen vollkommen vernachlässigt. Gleichzeitig werden immer mehr militärrelevante Forschungsinhalte zugelassen und geför-

dert, die oftmals hinter dem Begriff »Dual-Use« – einer Verzahnung ziviler und militärischer Forschung – versteckt werden, da eine Mehrheit der Bevölkerung Auslandseinsätze der Bundeswehr und militärische Gewalt ablehnt. Die Gestaltung von Bildung ist ein zentraler Schlüssel für die Entwicklung von Gesellschaften. Ohne die 68er-Studentenbewegung, die mit ihr verbundene Stärkung der Sozialwissenschaften, der kritischen Analyse der Gesellschaft und der zumindest ansatzweisen Aufarbeitung des Faschismus hätte es viele soziale Errungenschaften nicht gegeben, die uns heute wichtig sind. Der derzeitige neoliberale Kurs führt dazu, dass die Vorstellungen von großen Konzernen und Think Tanks wie Bertelsmanns Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) oder McKinsey immer tiefer in die Hochschulen eindringen. Und das trägt dazu bei, unsere zumindest ein wenig emanzipierte Gesellschaft immer unsozialer zu gestalten. Wir brauchen daher einen Kurswechsel hin zu mehr kritischer Wissenschaft.

Wissenschaft sollte das Wohlergehen aller Menschen im Sinn haben. So kann sie dazu beitragen, die patriarchalen Strukturen der Gesellschaft grundsätzlich und wissenschaftlich

fundiert zu hinterfragen und humanistische Alternativen aufzuzeigen – gegen Krieg und Gewalt als immer anerkanntere Lösung von Konflikten und gegen den Duktus der Hörigkeit gegenüber der Lobby großer Konzerne. Zudem kann Bildung, die sinnstiftend und nicht hauptsächlich auf Verwertbarkeit und ein weitgehend unkritisches Funktionieren der Wissenschaftler_innen und Studierenden ausgerichtet ist, dazu beitragen, die destruktiven und auf Ausgrenzung und Rassismus basierenden Gesellschaftsvorstellungen der AfD und anderer Rechtspopulisten zurückzudrängen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Martin Dolzer, wissenschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion



SO sieht es aus

Die Wissenschaftspolitik der vergangenen Jahre war bestimmt durch die Ideologie der »unternehmerischen Hochschule« und den kostspieligen Ausbau einzelner exzellenter Forschungsbereiche. Zum Beispiel werden DESY, das Laser XFEL sowie die Fraunhofer Stiftung und in Zukunft die Science City Bahrenfeld mit hohen Millionenbeträgen auf den Weg gebracht und gefördert. Oftmals wird bei derartigen Kooperationen mit dem Bund und Unternehmen zudem die Hoheit über Forschungsergebnisse und Patente abgegeben.

Diese Ausrichtung hat sichtbar in eine Sackgasse geführt: Die Hochschulen leiden unter einer mangelnden Grundfinanzierung, auf deren Grundlage die einzelnen Fakultäten, Fachbereiche, Studiengänge und Wissenschaftler_innen genötigt werden, um zu wenig Mittel zu konkurrieren.

DIE MOMENTANE WISSENSCHAFTSPOLITIK HAT MEHRERE NEGATIVE AUSWIRKUNGEN:

- » Studiengänge, Fachbereiche und Fakultäten müssen um die ungenügend vorhandenen finanziellen Mittel kämpfen.
- » Es entwickelt sich eine immer höhere Abhängigkeit von Drittmitteln.
- » Immer mehr Studierende brechen das Studium bereits in den ersten Semestern ab.
- » Die Beschäftigungsverhältnisse insbesondere von Lehrbeauftragten, Wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen, Studentischen Hilfskräften, Nachwuchsprofessor_innen und Verwaltungspersonal werden immer prekärer.
- » Von Studierenden und Wissenschaftler_innen weitgehend entkoppelte Präsidien und externe Hochschulräte verwalten die Hochschulen mehr schlecht als recht und sind nicht in der Lage oder nicht Willens, die zahlreichen Probleme zu erkennen und zu beheben.
- » Aspekte der Persönlichkeitsentwicklung spielen im Studium kaum noch eine Rolle.
- » Das Studium ist von Leistungsdruck und Zeitdruck geprägt.
- » Viele Menschen werden durch Zugangshürden ausgeschlossen.
- » Die Qualität der Lehre nimmt stetig ab.

Wintersemester 2018/19	
15.237	Studienanfänger_innen
3.969	Studienabbrecher_innen insgesamt
Davon: 919	endgültig
2.142	Exmatrikuliert wegen fehlender Rückmeldung oder fehlender Krankenversicherung
756	Sonstige Gründe oder exmatrikuliert wegen landesrechtlicher Bestimmungen
37	Ohne Prüfung
115	Endgültig nicht bestanden

Durch die Tendenz der Verschulung des Studiums im Bachelor-/Master-System wird den Studierenden zu wenig Raum gegeben, gegeben, wissenschaftliches Arbeiten zu lernen und ihre Persönlichkeit zu entwickeln.

Ein weiteres Problem: der Betreuungsschlüssel. Die Quote von Studierenden je Professor_in lag etwa an der Universität Hamburg im Wintersemester (WS) 18/19 im Fachbereich Rechtswissenschaften bei 109, in der Fakultät Erziehungswissenschaften kamen sogar 122 Studierende auf eine Professur. Dagegen betrug der Betreuungsschlüssel in der Fakultät Geisteswissenschaften nur 49 und bei den Mathematiker_innen und Naturwissenschaftler_innen 43. An der Hochschule für Angewandte Wissenschaften lag die Quote fachbereichsübergreifend bei 44. Auch an der Technischen Universität hat sie sich seit dem WS 13/14 deutlich verschlechtert. Lag sie damals noch bei 75 Studierenden pro Professur, stieg sie zum WS 18/19 auf mehr als 90 Studierende je Professor_in. An der HafenCity Universität zeigt sich ein ähnliches Bild: Mit Ausnahme des Bachelorstudiengangs »Kultur der Metropole« betreuten im WS 18/19 Professor_innen bis zu 25 Studierende mehr als im WS 13/14.

Ein großes Problem ist auch die steigende Drittmittelfinanzierung (siehe Seite 12 und 13). Durch sie wird zunehmend die gesellschaftlich wichtige Grundlagenforschung durch eine auf die Interessen großer Unternehmen zugeschnittene Teilbereichsforschung ersetzt. Zudem werden nicht »drittmittelfähige« Studiengänge gekürzt oder abgewickelt.

Einige Beispiele: In den vergangenen Jahren wurden die Studiengänge Holzwirtschaft, Sonderpädagogik oder Gesundheitsweisen für Berufsschullehrer_innen zur Disposition gestellt und jeweils nach längeren Auseinandersetzungen entscheidend verkleinert.

SO soll es sein

Es muss einen grundlegenden Wandel in der Ausrichtung der Wissenschaftspolitik geben.

Artikel 1 des Grundgesetzes besagt: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Dementsprechend sollte ein würdevolles Lernen an gut ausgestatteten Hochschulen im Mittelpunkt stehen. Im humboldtschen Sinne ist dazu notwendig, dass Lehrende und Lernende Forschung und Lehre gemeinsam entwickeln. Stures Auswendiglernen und ein verschultes Studium mit hoher Prüfungsfrequenz sind dafür vollkommen kontraproduktiv. Dass 26 Prozent der Studierenden ihr Studium bereits in den ersten drei Semestern abbrechen, ist ein alarmierendes Signal und zeigt die Folgen des Bachelor-/Master-Systems und des Kaputtsparens der Hochschulen.

Wir wollen die Hochschulen in eine andere Richtung entwickeln.

Das sind unsere Ideen:



Es gibt auch Systeme mit mehr Demokratie. In Rojava, einem selbstverwalteten Gebiet in Nord/Ost-Syrien, stehen Mensch und Frau im Zentrum, Akademien werden gemeinsam gestaltet



Gute Idee!
Zum Beispiel eine Partnerschaft mit Quamislo oder mit einer Frauenakademie. Wir könnten eine Menge lernen.



ENTSCHEIDUNGSSTRUKTUREN DEMOKRATISIEREN

Um eine demokratische Hochschule zu ermöglichen, sollte eine gleichberechtigte Kooperation von Wissenschaftler_innen, Verwaltungspersonal, Studierenden und Leitungen in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung geschaffen werden.

Diese Gremien sollten sämtliche grundlegenden Entscheidungen treffen, an die die Leitungen (Präsidien) gebunden sind. Hochschulräte sollten aufgelöst werden.

Präsidien und Hochschulräte sollten nicht mehr autokratisch entscheiden dürfen. Stattdessen kann ein produktiver Streit und Interessenausgleich in den Hochschulgremien zu einer praxisnäheren und menschenwürdigeren Entwicklung der Wissenschaft beitragen – mit einem Schwerpunkt auf Erkenntnis und gesellschaftlicher Problemlösung.

INTERDISZIPLINARITÄT UND PERSÖNLICHKEITSENTWICKLUNG FÖRDERN

Durch die Aufteilung des Studiums in Bachelor und Master in einer recht weit verschulerten Form werden die Studierenden momentan unter großen Druck gesetzt – sie sollen schnell funktionieren. Das Studium wurde in vielen Bereichen weitgehend auf Auswendiglernen reduziert und so seiner analytischen Substanz beraubt. Für einige Studiengänge, insbesondere im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften sowie der Pädagogik, funktioniert die Bachelor-/Master-Struktur zudem überhaupt nicht. In sechs Semestern ist es nahezu unmöglich ein ausreichendes Verständnis zu entwickeln, um mit dem Studium auch in der Praxis etwas anfangen zu können.

Es sollte ein ganzheitlicher und interdisziplinärer Zugang zum jeweiligen Schwerpunkt-fach möglich sein. Statt Verschulung sollten analytische Herangehensweisen und die Folgeabschätzung der Anwendung gelernten Wissens eine größere Rolle spielen.

Die Struktur des Studiums muss grundsätzlich neu gedacht werden.

Im Allgemeinen gilt bis zu einer Änderung der Gesamtstruktur: Für jede und jeden Bachelorstudierende_n muss ein Masterplatz zur Verfügung stehen.

HOCHSCHULEN AUSREICHEND GRUNDFINANZIEREN

Die Hochschulen müssen ausreichend grundfinanziert werden. Nur wenn die Hochschulen genügend staatlich garantierte Mittel erhalten, wird Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung möglich sein. Die Abhängigkeit von Drittmitteln bedeutet auch die Abhängigkeit von den Zielen der Geber der Drittmittel.

Die Steigerungsraten aus den Hochschulvereinbarungen in der staatlichen Grundfinanzierung um 0,88 % sind in der Realität ein Sparprogramm. Denn diese Raten reichten nicht einmal, um Tarif- und Preissteigerungen auszugleichen – was eine faktische Kürzung des Etats der jeweiligen Hochschulen sowie Drittmittelabhängigkeiten bedeutete. Da Drittmittel fast ausschließlich für relativ kurze Zeiträume gewährt werden und dann immer wieder neu beantragt werden müssen, mündete diese Praxis in prekären Beschäftigungs- und Studienbedingungen.

Lag der Anteil an Drittmitteln 2011 in Hamburg noch bei 14 Prozent des Gesamtbudgets, waren es 2017 bereits mehr als 18 Prozent (Drs. 21/13318). Bei der Universität Hamburg und der Technischen Universität Hamburg-Harburg lag der Anteil im selben Jahr sogar bei mehr als 22 Prozent. Heute werden mehr als 40 Prozent der wissenschaftlichen Stellen ausschließlich oder in Teilen über Drittmittel finanziert. Bei drittmittelgeförderten Projekten ist die Vertragslaufzeit des Arbeitsvertrages in der Regel an die Projektlaufzeit und an die Dauer der Mittelbewilligung angepasst. Die Mehrheit der Drittmittelprojekte hat eine Laufzeit von unter drei Jahren.

Diese Verschiebung der Hochschulfinanzierung hin zu nur temporär bereitstehenden Mitteln hat starke Auswirkungen auf die Befristungspraxis der Hochschulen. Denn die befristete Bereitstellung der Mittel erlaubt nur eine befristete Beschäftigung der wissenschaftlichen Mitarbeitenden, so dass immer mehr befristete Beschäftigte immer weniger Dauerstellen in Forschung und Lehre gegenüberstehen. So geht beispielsweise aus der Großen Anfrage »Beschäftigungssituation des Mittelbaus« hervor, dass ein großer Teil der wissenschaftlichen Arbeit von prekär Beschäftigten erbracht wird. Mehr als die Hälfte aller Wissenschaftler_innen an der Universität Hamburg arbeitet in Teilzeit und

ist befristet beschäftigt (Drs. 21/18035). Nur jede_r Zehnte des wissenschaftlichen Mittelbaus hat einen unbefristeten Vertrag – die meisten Mitarbeitenden handeln sich von einem Arbeitsvertrag zum nächsten.

Ähnliches gilt für wissenschaftliche Mitarbeitende in der Qualifikationsphase. Ist die Stelle aus Landesmitteln finanziert, sieht das Hamburgische Hochschulgesetz eine Vertragslaufzeit von drei Jahren vor, bei Drittmittelprojekten bestimmt auch hier die Projektlaufzeit die Zeit für die Promotion. Promovierende sind in der Regel in Teilzeit beschäftigt, ein Drittel der Arbeitszeit dient der Qualifikation. Bei einer Arbeitszeit von 20 Wochenstunden bleiben rund 6,5 Stunden für die Promotion. Dazu kommen Lehrverpflichtungen zwischen zwei und vier Stunden in der Woche.

Zudem sind Frauen in höheren Positionen weiterhin unterrepräsentiert. Liegt ihr Anteil am wissenschaftlichen Personal noch annähernd bei der Hälfte, sind von den Professor_innen nur ein Drittel Frauen. An der TU Hamburg – also in den technisch und naturwissenschaftlichen Fächern – liegt der Anteil sogar bei unter zehn Prozent. Das muss sich ändern.

Doch auch die künftige Ausgestaltung des Hochschulpakts (ab 2021 »Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken«), des »Pakts für

Forschung und Innovation« sowie des »Qualitätspakts Lehre« sieht lediglich eine Stärkung der Forschung durch eine jährliche Dynamisierung der Mittel vor. Für die Stärkung von Studium und Lehre hingegen erhalten die Hamburger Hochschulen wie bisher nur Bundesmittel von im Schnitt jährlich rund 70 Millionen Euro – das entspricht lediglich dem bisherigen Niveau des Hochschulpakts III im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2020. Qualitätsmerkmale wie die Schaffung neuer unbefristeter Stellen wurden bei der Verteilung der Mittel nicht berücksichtigt, die sich wie bisher schwerpunktmäßig an der Zahl der Studierenden orientiert.

Jenseits dieser Realität feierte der Senat den Hochschulpakt als großen Erfolg und Möglichkeit, die Lehre zu stärken und Beschäftigungsverhältnisse verbessern zu können.

GUTE AUSSTATTUNG FÜR ALLE HOCHSCHULEN

Eine Wende in der Hochschulfinanzierung zugunsten des grundständigen Betriebs statt der einseitigen Förderung von »Leuchtturmprojekten« ist dringend geboten.

Wir wollen eine Dynamisierung der Grundfinanzierung der Hamburger Hochschulen um jährlich 3,5 Prozent, so dass allgemeine Preis- und Tarifsteigerungen mindestens ausgeglichen werden.

Im internationalen Vergleichen wird deutlich, dass eine große Zahl gut ausgestatteter Hochschulen für wissenschaftliche Erkenntnisfortschritte und gesellschaftlichen Nutzen viel produktiver ist, als eine kleine Zahl übermäßig ausgestatteter Hochschulen inmitten eines unterfinanzierten Restsystems. Ein Beispiel dafür sind die skandinavischen Länder.

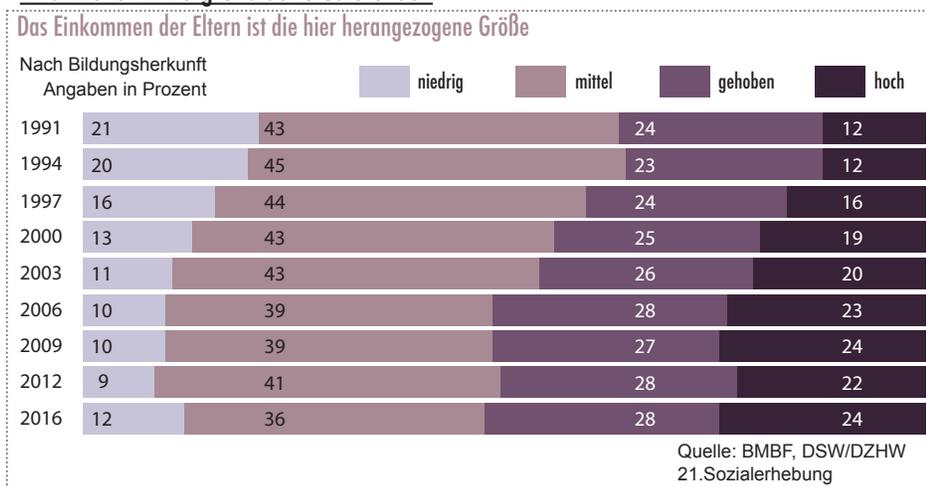
BILDUNG FÜR ALLE ERMÖGLICHEN

Von 100 Kindern aus akademischen Haushalten nehmen 79 ein Studium auf, bei Kindern aus Arbeiter_innen-Haushalten sind es nur 27.

DIE LINKE steht für eine Öffnung der Hochschulen für Quereinsteiger_innen und Menschen ohne Hochschulzugangsberechtigung. Dafür sollte ein »ermöglichendes« Prüfungssystem geschaffen werden, das Menschen mit Berufserfahrung in weit größerer Anzahl als bisher die Aufnahme eines Studiums ermöglicht.

Möglich wäre auch, eine Fakultät oder eine eigene Hochschule zu entwickeln, in der das Quorum von Nichtabiturient_innen mit Berufserfahrung bei 50 Prozent liegt. Mit der Hochschule für Wirtschaft und Politik gab es bis 2005 in Hamburg ein solches Modell, dass sehr erfolgreich war, bevor es in die Universität eingliedert und umgewandelt wurde.

Finanzieller Hintergrund der Studierenden

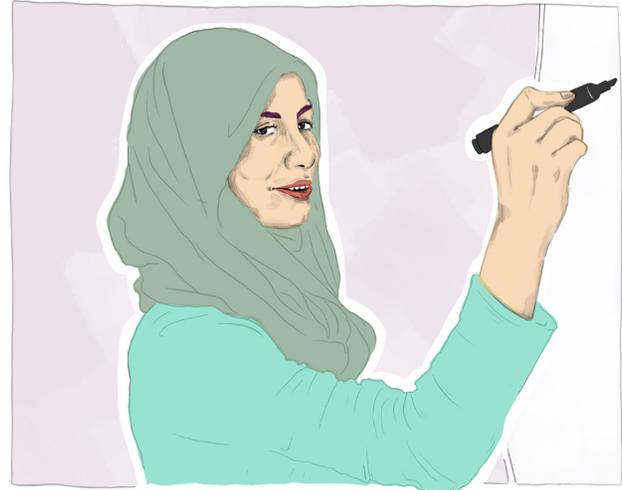


Kinder aus Akademiker und Reichenhaushalten dominieren zahlenmäßig die Hochschulen

Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass in der Bundesrepublik die sogenannte Bildungsgerechtigkeit nicht existiert. Aus dem neuesten Bildungsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geht hervor, dass bei den heute 25 bis 44-Jährigen, deren Eltern keinen höheren Schulabschluss haben, nur jede_r Zehnte einen Studienabschluss hat. Von 35 OECD-Ländern schneiden nur sechs Staaten noch schlechter ab als die Bundesrepublik.

HOCHSCHULEN FÜR GEFLÜCHTETE ÖFFNEN

Dafür müssten zusätzliche Studienplätze geschaffen sowie im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse schnell und unbürokratisch anerkannt werden. Die Aufnahme eines Studiums muss das Bleiberecht sicherstellen und vor Abschiebung schützen. Diese Aspekte wurden von Rot-Grün im Rahmen des Programms #UHHhilft nicht mitbedacht. Auch nicht-deutsche Schul- und Studienabschlüsse müssen anerkannt werden.



OPEN ACCESS FÖRDERN

Informationen und wissenschaftliche Erkenntnisse müssen allen zu Verfügung stehen. Daher setzen wir uns für Open-Access-Strategien zur Veröffentlichung von Forschungsergebnissen und zum Zugang zu Forschungsdaten ein. Wir fordern eine Open-Science-Kultur und wollen bedürfnis- und teilhabeorientiertes wissenschaftliches Arbeiten ermöglichen.

WISSENSCHAFT FRIEDLICH AUSRICHTEN

Die Antworten auf unsere Große Anfrage »Forschung nur für friedliche Zwecke!? Welche Hamburger Hochschulen und Forschungsinstitute verfügen bereits über eine Zivilklausel?« (Drs. 21/13143) haben deutlich gezeigt, dass in Hamburg in großem Umfang rüstungs- und militärrelevante Forschung und Lehre betrieben wird.

Rund 70 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen sind gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Es ist wichtig, eine friedliche Mentalität durch eine humanistische Wissenschaftspolitik mit verbindlicher Zivilklausel zu fördern und zudem Forschungspartner wie die Fraunhofer Stiftung zu ausschließlich friedlicher Nutzung ihrer Forschungsergebnisse und Patente zu verpflichten.

In der Debatte um Militärforschung und militärisch relevante Technologien spielt der Begriff »Dual-Use« eine immer größere Rolle. Er soll Technologien beschreiben, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. Da dies bei der überwiegenden Anzahl von Technologien der Fall ist, ist der »Begriff« analytisch kaum tragfähig. Und tatsächlich verfolgt die Bezugnahme auf Dual-Use meist strategische Zwecke, um im konkreten Fall die militärische Nutzbarkeit ziviler Forschung als unbeabsichtigt oder unvermeidlich darzustellen. Außerdem wird

er eingesetzt, um Versuche, militärische Interessen aus der zivilen Forschung – z.B. durch Zivilklauseln – auszuschließen, als generell nicht realisierbar zurückzuweisen.

Und schlimmer noch: Eine Analyse zum Beispiel der Ausrichtung der Fraunhofer Stiftung zeigt, dass Dual-Use Teil einer Strategie des Militärs und der Bundesregierung ist, um zivile Forschungsförderung militärisch nutzbar zu machen und den Wettbewerbsdruck bei militärisch relevanten Technologien zu erhöhen. Als vor zehn Jahren zum Beispiel die Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften e.V. in die Fraunhofer-Gesellschaft eingegliedert wurde, war die treibende Kraft dahinter das Bundesverteidigungsministerium. Das wurde in einer Stellungnahme des Wissenschaftsrates deutlich. Auch das Fraunhofer Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (Fraunhofer IOSB) weist eine starke militärische Prägung auf und ist eng mit Rüstungsindustrie, Bundeswehr und NATO verwoben. Zugleich konnte das IOSB, wie von der Bundeswehr vorgesehen, umfangreich an der »zivilen« Sicherheitsforschung partizipieren. Fraunhofer sichert sich in Forschungsprojekten mit Bundesländern grundsätzlich den

Zugriff auf Ergebnisse und Patente – und hat die Möglichkeit. Forschungsergebnisse zwischen einzelnen Instituten und Verbänden der Stiftung beliebig hin und her zu schieben.

Sichtbar wird das Prinzip der Auslagerung zum Beispiel bei Projekten zur »maritimen Sicherheit«, etwa bei der Grenzüberwachung durch Drohnen, die in Zeiten asymmetrischer Kriegführung auch zu militärischer Aufklärung und zur »netzwerkzentrierten Kriegführung« (Drohenschwärme) genutzt werden (können). In Hamburg wird momentan der maritime Bereich der Stiftung durch das Fraunhofer Center for Maritime Logistics und Dienstleistungen (CML) weiter ausgebaut. Dort wurden zuletzt gemeinsam mit dem norwegischen Unternehmen Norbit Aptomar Schiffsdrohnen erforscht – mit einem Konzern also, der unter anderem militärische U-Boote baut und militärische Überwachungstechnologien im maritimen Bereich entwickelt und produziert. Aktuell läuft dort das von Rheinmetall beauftragte Projekt »Starterkit Visualisierung für das European Maritime Simulator Network«. Das sind beides Themenbereiche, die auch das Fraunhofer IOSB brennend interessieren.

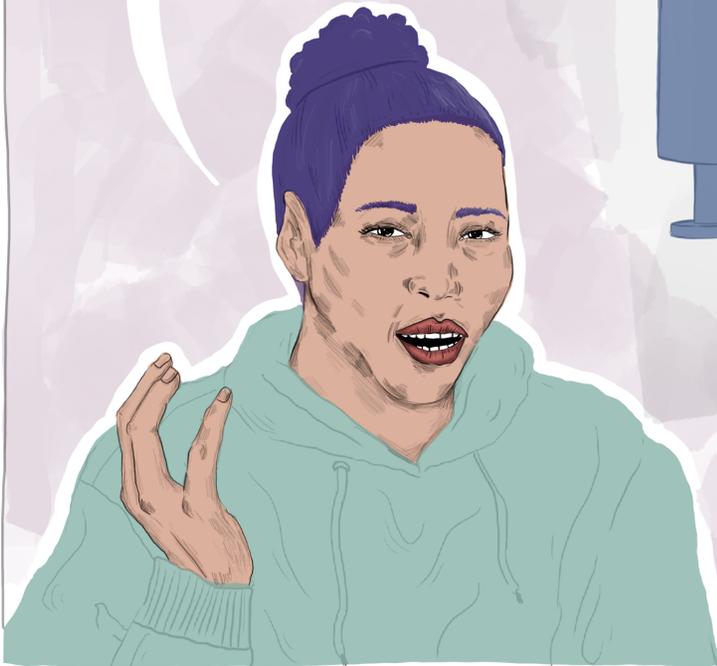
Die TU Hamburg-Harburg erforscht laut dem Hamburger Abendblatt seit 2010 Drohenschwärme, im Herbst 2018 testete Airbus

Drohenschwärme zur militärischen Nutzung über der Ostsee. Diese Art der Nutzung von Forschung lehnen wir ab – und sie kann durch die von uns beabsichtigte Zivilklausel mit entsprechenden Bestimmungen zur Forschungsfolgeabwägung verhindert werden.

Um Hamburg als »Mittlerin des Friedens« zu stärken, beabsichtigen wir zudem die Finanzierung einer Forschungsstelle zur Rüstungskonversion durchzusetzen.

Forschung und Wissenschaft sind geeignet, zu Lösungen unter anderem in den Bereichen soziale Spaltung, Klimawandel und Umwelt beizutragen. In diesem Sinne wollen wir die gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte außeruniversitäre Forschung strategisch ausrichten. Neben technischen sind dabei insbesondere soziale Innovationen wichtig.

Drohnen, private Patente und militärische Forschung helfen uns nicht weiter. Außerdem können diese Technologien Menschen hier und an anderen Orten gefährden. Das sollten wir nicht fördern! Vielmehr sollte das Wohl der Menschen im Zentrum stehen. Wir brauchen *sozialen* Fortschritt.



ARBEITSVERHÄLTNISSE FAIR STATT PREKÄR GESTALTEN

Die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an den Hamburger Hochschulen sind geprägt von Befristungen, Zeitverträgen, Teilzeit und unsicheren Berufsperspektiven.

Der Hauptgrund für die »Kettenbefristungen« – einer Aneinanderreihung befristeter Arbeitsverträge ohne Aussicht auf Entfristung – ist der hohe Anteil der Drittmittelfinanzierung.

Wir hingegen sind uns sicher, dass planbare Berufswege in der Wissenschaft eine wichtige Grundvoraussetzung sind.

Ein erster Schritt wäre ein Entfristungsprogramm, durch das befristete Stellen schrittweise in unbefristete überführt werden. Dafür benötigen die Hochschulen eine entsprechende Finanzierung durch Landesmittel.



1. LEHRBEAUFTRAGTE FAIR BEHADELN

Hinzu kommt, dass die Beschäftigungssituation auch von hauptberuflichen Lehrbeauftragten weiterhin prekär ist. Denn trotz ihrer wissenschaftlichen Qualifikation arbeitet die Mehrheit der Lehrbeauftragten zu Vergütungssätzen zwischen 30 und 60 Euro in der Stunde, von denen die vollen Sozialversicherungsbeiträge abgehen. Zudem ist ein Lehrauftrag in der Regel mit zusätzlicher unbezahlter Mehrarbeit für Vor- und Nachbereitung verbunden, es gibt keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und kein Urlaubsgeld. Zwar wurde im Rahmen des sogenannten Code-of-Conduct-Prozesses die Ausübung von Daueraufgaben in Forschung und Lehre in befristeter Beschäftigung eingeschränkt. Dennoch wird mehr als 20 Prozent der Lehre an Hamburgs Hochschulen durch Lehrbeauftragte sichergestellt, an der Hochschule für Musik und Theater sogar 30 Prozent.

2. TARIFVERTRAG FÜR DIE STUDENTISCHEN BESCHÄFTIGTEN

Insgesamt 2.560 Lehraufträge wurden im Wintersemester 18/19 an den Hochschulen und am Uniklinikum Eppendorf vergeben – eigentlich sollten sie nur eine Ausnahme sein. Besonders auffällig ist dabei, dass 97 Prozent der Lehraufträge an der Universität Hamburg mehr als sechs Lehrveranstaltungsstunden umfassen. Und das, obwohl für die Vergabe von Lehraufträgen von über vier Stunden eine Ausnahmegenehmigung vorgesehen ist. Diese missbräuchliche Vergabe von Lehraufträgen als kostengünstige Alternative zu festangestelltem Personal lehnen wir ab.

Unser Vorschlag:
Eine gerechte Vergütung von Lehraufträgen und deren statusrechtliche Verankerung etwa im Bereich der Personalvertretung und der akademischen Selbstverwaltung.

Rund 5.000 studentische Hilfskräfte arbeiten an Hamburger Hochschulen. Dem gegenüber stehen etwa 1.300 Professorinnen und Professoren – wovon übrigens lediglich 375 weiblich sind. Studentische Hilfskräfte recherchieren, bereiten Seminare oder Tagungen vor, unterstützen Forschungsprojekte, lesen Korrektur oder geben Tutorien. All dies zeigt: Ohne studentische Hilfskräfte stünde der Hochschulbetrieb still. Und dennoch verdienen sie derzeit nur 10,13 Euro/Stunde, sind befristet und in der Regel nicht länger als sechs Monate beschäftigt. Mehr noch: Studentische Hilfskräfte sind von tarifvertraglichen Regelungen ausgenommen und haben demnach keinerlei tarifvertragliche Ansprüche. Außer in Berlin gibt es in keinem Bundesland einen Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte. Dort verdienen studentische Hilfskräfte 12,50 Euro, haben Anspruch auf Erholungsurlaub und Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall.

Wir setzen uns dafür ein, dass studentische Hilfskräfte einen Tarifvertrag erhalten, der an die Lohnerhöhungen des öffentlichen Dienstes gekoppelt wird.

→ 3. STUDIUM UND LEBEN BEZAHLBAR MACHEN

In Hamburg müssen Studierende überdurchschnittlich viel Geld vor allem für Miete und Ernährung ausgeben, nämlich durchschnittlich 423 Euro – mehr zahlen sie nur in München. Die Wohnkostenpauschale des BAföG liegt mit 250 Euro deutlich darunter und auch unter dem Wohnkostenzuschuss im SGB II. Deutlich preiswertere, öffentlich geförderte Wohnungen bietet das Studierendenwerk, dessen Plätze sind jedoch seit langem zu knapp. Deshalb bleibt den Studierenden nichts anderes übrig, als überdurchschnittlich viel zu arbeiten. Insbesondere Studierende aus Nicht-Akademiker_innen-Haushalten müssen mehr jobben und haben weniger Zeit für ihr Studium. Wenig überraschend ist deshalb auch, dass diese Studierendengruppe besonders häufig ihr Studium unterbricht.

35 Prozent der Studierenden empfinden ihre Einkommenssituation als unsicher und belastend.

Wir fordern einen Ausbau der Wohnheimkapazitäten beim Studierendenwerk mit dem Ziel, dass zukünftig das Versorgungsniveau des bundesweiten Durchschnitts von 10 Prozent erreicht wird. Das dem Studierendenwerk vom Bundesland Hamburg zu-

gewiesene Budget – die Grundzuweisung – liegt mit 1,55 Millionen Euro 2018 und einer für den Doppelhaushalt 2019/20 jährlichen Steigerung von 100.000 Euro (anstatt wie bisher vom Senat angedacht 50.000 Euro) immer noch weit unter dem Bundesdurchschnitt. So werden, wenn es hoch kommt, nur annähernd die zu erwartenden Tarif- und Kostensteigerungen abgedeckt. Wir fordern dagegen, die Grundzuweisungen an das Studierendenwerk Hamburg an den Bundesdurchschnitt von 8,7 Prozent der Förderung aus Landesmitteln anzugleichen und die Zuweisungen an das Studierendenwerk um rund 1.370.000 Euro jährlich aufzustocken. Hamburg muss sich zudem auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Wohnkostenpauschale im BAföG den realen Wohnkosten angepasst wird und BAföG als elternunabhängiger, rückzahlungsfreier Vollzuschuss gewährt wird.



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft